

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Dienstag, dem 05. Mai 2015, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin		Elisabeth	BÖHM
Stadträtin		Monika	RUPP
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI	Thomas	HALBRITTER
Stadtrat		Roman	SCHEUER
Stadträtin		Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderat	Ing.	Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Ing.	Viktor	HORVATH
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Ing.	Günter	KOLAR
Gemeinderätin		Birgit	PECK
Gemeinderätin		Ingeborg	BERGER
Gemeinderätin		Judith	FRANK-UNGER
Gemeinderat		Hermann	MICHLITS
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Mag.	Heinz	ZITZ
Gemeinderat		Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. ^a	Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat		Johannes	DEPAULY
Gemeinderat		Franz	SCHNEIDER
Gemeinderätin	Mag. ^a	Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Ing.	Johannes	LINHART
Gemeinderat		Herbert	DENK
Schriftführer	OAF	Judith	SIBER-REINER

Abwesend und entschuldigt:

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Ing. Günter Kolar und Herbert Denk bestimmt.

Die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 09.03.2015 wurde von den Beglaubigern unterfertigt. Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge die Verhandlungsschriften (öffentlich und nicht öffentlich) der letzten Gemeinderatssitzung genehmigen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

Vor Eingehen in die Tagesordnung setzt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 03) Darlehensaufnahme – Konsolidierungskredit 3. und 4. Quartal 2015 von der Tagesordnung ab. Als Begründung gibt er an, dass die Quartale 1 und 2 2015 noch nicht genehmigt sind! Ein Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht sinnvoll, da die Darlehenshöhe noch nicht festgestellt werden kann.

Außerdem stellt er den Antrag folgende Tagesordnungspunkte aufzunehmen:

als **TOP 08a) Widmungsverordnung** - Josef-Haydn-Gasse – Abtretung Egermann Friederike;

als **TOP 09a) Widmungsverordnung** – NEUSEE, „Grundstückstausch Ludwig-Boltzmann-Straße“

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

TAGESORDNUNG

01) Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit

- **des Baurechtsvertrages „Mole West“ vom 11.03.2003**
 - **der Grundstücksveräußerung „Segelhafen West“ an die Segelhafen West Projektentwicklung GmbH (Kaufvertrag vom 24.04.2009)**
- durch einen gerichtlich beeedeten Sachverständigen für den Bereich Immobilienbewertung**

Vbgm.ⁱⁿ Böhm verliest den Antrag und die Begründung Ihres Antrages. Die Gemeinderatsfraktionen der SPÖ, GRÜNE und FPÖ stellen den Antrag auf Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit des Baurechtsvertrags „Mole West“ vom 11.03.2003 und der Grundstücksveräußerung „Segelhafen West“ an die Segelhafen West Projektentwicklung GmbH (Kaufvertrag vom 24.04.2009) durch einen gerichtlich beeedeten Sachverständigen für den Bereich Immobilienbewertung.

Als Begründung gibt die Vizebürgermeisterin an, dass gemäß Prüfbericht Teil II (Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH) seitens der zuständigen Aufsichtsbehörde, Abt. 2 – Gemeinden und Schulen unter Punkt V,5 (Seite 20 und 21) festgestellt wurde, dass der Baurechtsvertrag betreffend Mole West vom 11.03.2003 dringend durch einen Immobilien-Sachverständigen zu bewerten ist, sowie die Grundstücksveräußerung „Segelhafen West“ (Kaufvertrag vom 24.04.2009) an die Segelhafen West Projektentwicklung GmbH hinsichtlich der Parameter „Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des Kaufpreises“ von einem fachkundigen Immobilien-Sachverständigen zu befunden ist.

Angesichts der Feststellungen und Empfehlungen der Aufsichtsbehörde stellt Vbgm.ⁱⁿ Böhm folgende Anträge:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Neusiedl am See möge beschließen, dass die Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit des Baurechtsvertrags „Mole West“ vom 11.03.2003 (unter Berücksichtigung der Grundstücke und Wasserflächen, auf denen die „Mole West“ errichtet wurde) und der Grundstücksveräußerung „Segelhafen West“ an die Segelhafen West Projektentwicklung GmbH (Kaufvertrag vom 24.04.2009) von einem gerichtlich beeedeten Sachverständigen für den Bereich Immobilienbewertung überprüft wird.

Es wird um Zustimmung zum gegenständlichen Antrag ersucht.

Der Bürgermeister bedankt sich für die Erläuterungen. Er selbst war über diesen Antrag etwas verwundert. Der Bürgermeister äußerte sich nach Vorlage der Prüfberichte, dass diese sehr unverständlich sind, da es weder mit ihm, noch mit dem damaligen Geschäftsführer der FZB in dieser Sache jemals ein Gespräch gegeben hat. Der Vorsitzende zitiert auszugsweise Punkt V.2. des nicht öffentlichen Prüfberichtes (welcher detaillierte Inhalte des Wirtschaftsprüfberichtes übernommen hat, die ebenfalls nicht mit Bgm. Lentsch besprochen wurden und daher die Prüfer nicht wussten bzw. wissen konnten, dass es unzählige Sitzungen zu diesen Themen gegeben hat.): „... es wurde 567 m² als befestigte Baufläche und 7.701 m² als Gewässer ausgewiesen“.

Beim Baurechtsvertrag Mole West können auskunftsgemäß in guten Lagen am Neusiedlersee m²-Preise in der Höhe von € 500,00 - € 800,00 erzielt werden. Der Bgm. bemerkt dazu, dass es dieses Preisniveau im Jahr 2002 nicht gegeben hat und wenn das jetzt möglich sei, dann nur, weil man sehr viel in Infrastruktur investiert hat, so wie wir und Private erst danach. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass es sich beim gegenständlichen Grundstück um eine besonders gute Lage handelt. Der Bürgermeister erläutert dazu, dass damals das Seebad wirtschaftlich am Boden war. Es gab nur das Seerestaurant und darüber hunderte Beschwerden pro Jahr. Kein Neusiedler wollte das Seebad besuchen und wir hatten wenig Tourismus zu dieser Zeit. Der Höhepunkt des Prüfberichts aus Sicht des Vorsitzenden ist aber, dass im Prüfbericht selbst angemerkt ist, dass der Baurechtsvertrag mit der Mole West am 22.05.2003 aufsichtsbehördlich genehmigt wurde. Die Aufsichtsbehörde hat den Vertrag damals geprüft (auch auf seine Wirtschaftlichkeit) und die dazugehörigen Gemeinderatsbeschlüsse und hat den Vertrag für o.k. befunden.

Zum zweiten Antrag werden die Feststellungen des Prüfberichtes ebenfalls auszugsweise vom Vorsitzenden verlesen: „Betreffend die Grundstücksveräußerung Segelhafen West (Seite 21 des Prüfberichtes) wird festgestellt dass rund 28.000 m² um € 3,8 Mio. veräußert wurden“. Es ist im Detail angeführt welche Flächen als Wasser, als Sumpf, Sonstiges und Straße gewidmet sind. Es verbleibt eine reine Baufläche von 5.702 m². Somit ergeben sich € 670,00 pro m², welches einen entsprechenden Kaufpreis (500 € - 800 €) lt. Prüfbericht ergibt. Warum soll das nicht wirtschaftlich oder angemessen sein?

Bürgermeister Lentsch verliest weiters Auszüge aus Sitzungsprotokollen ab dem Jahr 2001, bei denen die Punkte Baurechtsvertrag Mole West und Grundstücksveräußerung Segelhafen West besprochen und schlussendlich einstimmig beschlossen wurden. Bei allen Sitzungen waren zumindest SPÖ-Mandatäre (bei der Grundstücksveräußerung Segelhafen West auch GRÜNE und FPÖ-Mandatäre) anwesend und stimmten bei allen Punkten mit. Es gab damals auch einen weiteren Interessenten für den Bereich der Mole West und Projektvorstellungen von Projekt Mayrberger (von ihm wurden 100,00 Schilling pro m² geboten) und vom Projekt Karolyi (Mole West), dass schlussendlich circa den doppelten Baurechtszins bot.

In der Gemeinderatssitzung vom 08.05.2002 wurde der Baurechtsvertrag einstimmig beschlossen. Im Baurechtsvertrag gibt es einen Punkt (XII) in dem beide Vertragsteile Leistung und Gegenleistung aus diesem Rechtsgeschäft für vollkommen angemessen erklären. Die Flächenaufstellung Mole West ergibt 8.268 m², jedoch sind nur 380 m² davon als Betonmole befestigt, der Rest ist Wasserfläche bzw. auf Piloten befestigt (Terrasse, Barbereich, Steg).

Zum 2. Teil des Antrages erläutert Bgm. Lentsch, dass bei den entsprechenden Stadtratssitzungen jeweils StRⁱⁿ Eva Steindl und die damalige StRⁱⁿ Elisabeth Böhm von der SPÖ anwesend waren und den Vorgehensweisen zustimmten.

In der Gemeinderatssitzung vom 27.03.2008 gibt die damalige StRⁱⁿ Steindl an, dass sich ihre Fraktion näher mit dem Projekt beschäftigt hat und dass sich beim Verkauf an einen Privaten ein hoher Kaufpreis erzielen lässt, sodass sowohl die Kosten für Baggerung, Kanäle und sonstige Aufschließungen diesen Kaufpreis in seiner Höhe voll rechtfertigen. Danach wird der Options- und Kaufvertrag einstimmig (mit den Stimmen der ÖVP, SPÖ und GRÜNEN) beschlossen.

Von der Gemeinde wurde eine Fläche mit insgesamt 28.000 m² verkauft. Nach Abtretung der Wasserflächen verbleibt ein Netto-Bauland von rund 14.000 m² (rund 51 %). Die Kosten, die man vorher verhandelt hat, beliefen sich auf rund € 2,5 Mio., die die Projektwerber in Straßenerrichtung, Errichtung von Kanälen und Brückenbauten investierten und damit wieder der Öffentlichkeit zu Gute kommen.

Der Bürgermeister informiert weiter über Vorgehensweisen in anderen Seegemeinden. Jois hat die „Seejungfrau“. Die Gemeinde Jois hat nichts davon. Jois hat nichts investiert, erhält keinen Baurechtszins und hat derzeit auch keinen Betreiber für die Lokalität, wird daran nie Geld verdienen.

Rust hat den Katamaran. Das Projekt hat rund € 2 Mio. gekostet. Der Pachtzins ist gerade so hoch, dass die Investitionskosten in 25 Jahren refinanziert werden (rund € 80.000,00 pro Jahr). Die Zinsen die dafür anfallen sind gar nicht mitgerechnet. Das heißt kein Verdienst für die Gemeinde, kein Verdienst für die Gesellschaft, kein Zinsvorteil.

In Podersdorf wurde die Lokalität „Sunset“ beim Leuchtturm von der Gemeinde (bzw. der Gemeindegesellschaft) errichtet und verpachtet. Die Kosten beliefen sich auf rund € 1 Mio. Der Pachtvertrag läuft mittlerweile 18 Jahre, muss aber noch rund 22 Jahre laufen, damit die Investitionskosten gedeckt werden können. Das ergibt keinen Verdienst für die Gemeinde, kein Verdienst für die Gesellschaft, kein Zinsvorteil.

Bürgermeister Lentsch stellt daher gem. § 9 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgenden Abänderungsantrag:

Da die Gemeinde in 6 Vorstandssitzungen und 4 Gemeinderatsitzungen die Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit des Baurechtszinses für die Mole West (respektive einer Betonmole mit einer Fläche von genau 380 m²) auch über Verhandlungen mit einem anderen Interessenten ermittelt hat, besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass die Beauftragung einer neuerlichen Überprüfung eben dieser Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit nach 13 Jahren durch die Gemeinde eine unnötige wissentliche Geldverschwendung darstellt. Noch dazu da von allen Gemeinderäten damals die Angemessenheit ausdrücklich erklärt wurde.

Auch betreffend der Grundstücksveräußerungen „Segelhafen West“ wurde vor der Veräußerung eine öffentliche Feilbietung im Seerestaurant durch einen Notar durchgeführt, bei der sich kein Interessent für den Schotterparkplatz gemeldet hat. Der Verkauf wurde an eine Vielzahl von Bedingungen geknüpft, die kosten- und genehmigungsmäßig vom Erwerber zu tragen waren. Außerdem ist noch die Nettobaupläche zusätzlich zu rund 2,5 Millionen Zusatzkosten (Kanalbaggern, Brücken und Straßen Errichten, ...) auf 51 % gesunken. Diese Bedingungen und der Kaufvertrag mit allen Details wurden in 5 Vorstandssitzungen und 1 Gemeinderatsitzung in allen Punkten mit dem Notar diskutiert und hinterfragt! Frau Vizebürgermeisterin Böhm war damals als Stadträtin aktiv in alle Verhandlungsrunden eingebunden!

Da mit einer Beschlussfassung im Sinne des Antrages der drei Fraktionen zumindest für jene Gemeinderatskollegen, die damals diesen Verträgen zugestimmt haben und in den Verhandlungen beteiligt waren meines Erachtens die Gefahr von Untreue bzw. Amtsmissbrauch besteht, stelle ich den Abänderungsantrag aus den von mir dargelegten Gründen, diese Überprüfung weder auf Kosten der Stadtgemeinde noch auf Kosten der Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH zu veranlassen, eine Überprüfung allerdings zu ermöglichen.

Damit läge es in Händen der drei Fraktionen, ob sie Unternehmen mit denen die Stadt vor Jahren Verträge geschlossen hat, diskreditieren und damit auch den Ruf der Stadt als ordentlichen Vertragspartner auch für sämtlich anderen Verträge (in der Vergangenheit beschlossene und auch zukünftige) auf das Spiel setzen wollen.

GR Denk fragt an, was denn die Gemeinde Neusiedl am See von der jetzigen Situation hat. Der Bürgermeister entgegnet, dass wir rund € 8.000,00 pro Jahr Baurechtzins erhalten, wobei die Gemeinde keine Investitionen tätigen musste. Damals stand dort eine Betonmole sonst nichts.

GR Denk meint, dass es vor 20 Jahren auch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Der Vorsitzende erklärt dazu, dass es 3 Interessenten gegeben hat, einer ist sofort abgesprungen und von einem weiteren gab es ein weit geringeres Angebot.

StR Halbritter führt dem Gemeinderat die damalige Situation vor Augen. Das Seegelände, das Seerestaurant war tot. Niemand ist ins Neusiedler Seebad gegangen. Es hat die Mole West gegeben, ein unansehnlicher Betonstumpf. Es wurden zwei Projekte vorgestellt, von Mayrberger und von Karolyi. Damals wurde dem Projekt Karolyi vom Gemeinderat einstimmig zugestimmt. Damals waren die rund € 8.000,00 umgerechnet S 120.000,00 - also sehr viel Geld für einen Betonfleck wo nichts los war. Der Projektant Karolyi hat damals € 3 Mio investiert und heute ist die Mole West das Aushängeschild von Neusiedl am See (ist in der Österreich Werbung, in der Burgenland Werbung, der LH macht dort seine Pressekonferenzen). Eine Werbung die nicht zu bezahlen ist, ohne Mole West wäre das Seebad heute tot.

GR Kast erläutert weiter, dass die Mole West über die Umwegrentabilität Neusiedl am See immens viel bringt. Viele Touristen besuchen die Mole West, viele kommen erst wegen der Mole West. In Österreich und weit darüber hinaus kennt man Neusiedl am See wegen der Mole West. Wie weit geht das parteipolitische Hickhack? Werden wir künftig jeden Gemeinderatsbeschluss und Vertrag nach 15 Jahren nochmals überprüfen? Er ist der Meinung, dass sich der Gemeinderat dadurch lächerlich macht. Die Entscheidungskraft des Gemeinderates wird durch eigene Gemeinderäte in Frage gestellt.

GRⁱⁿ Fischbach erkundigt sich nach der genauen Fläche des Baulandes. Bgm Lentsch erklärt, dass es sich um 380 m², die Gesamtfläche des Grundstückes beträgt mehr als 8.000 m².

GR Denk gibt an, dass man Verträge nicht auf 100 Jahre abschließt. Dies widerlegt GR Kast und führt als Vergleich Superädifikate und andere Baurechtsverträge an (z.B. WU-Wien, Esterhazy,...)

GRⁱⁿ Fischbach sieht die Sache nüchtern. Es liegt ein Prüfbericht der Aufsichtsbehörde vor, der eine klare Anweisung enthält. Die Aufsichtsbehörde begrüßt die geplante neuerliche Überprüfung, deshalb spricht auch sie sich für diese Überprüfung aus.

GRⁱⁿ Fischbach erklärt, dass wir heute nur die Einholung von 3 Anboten beschließen, nicht, dass Geld ausgegeben wird.

Der Vorsitzende entgegnet, dass heute beschlossen werden soll, dass Geld ausgegeben wird und dass die Gemeinderäte, die die damaligen Beschlüsse gefasst haben, Gefahr laufen des Amtsmisbrauchs bzw. der Untreue bezichtigt zu werden. Es bedeutet auch, dass die Verträge, die aufsichtsbehördlich genehmigt wurden hinterfragt werden. Der Vorsitzende sieht hier ein Problem für die Gemeinderatskollegen von damals und er wird daher dem vorliegenden Antrag der SPÖ, Grünen und FPÖ nicht zustimmen.

GR Horvath gibt als Beispiel den Verkauf des Turmwirtshauses damals an. Will man diesen Vertrag heute auch wieder aufrollen? Er versteht die Begründung nicht, sowas hat er noch nicht erlebt. StRⁱⁿ Rupp gibt an, dass somit alle Verträge aufgerollt werden müssten. Als Beispiel wird der Vertrag der Trafik U.H./Kalvarienbergstraße genannt. GR Zitz stellt klar, dass es einen Unterschied macht, ob man von einem Unternehmen spricht oder einen Stadtrat persönlich (seine Schwiegereltern) angreift. StR Haider fragt nach, ob man dann nur Karolyi/Ehrengruber-Verträge prüfen will oder andere auch?

Es folgt eine Diskussion über verkaufte Flächen im Gemeindegebiet und deren eventuelle nachträgliche Überprüfung. GRⁱⁿ Sämman-Takacs versteht die Aufregung nicht. Die Aufregung besteht u.a. darin, dass unnötigerweise Geld ausgegeben werden soll und die Reputation der Gemeinde wegen parteipolitischer Vorgehen am Spiel steht, so der Bürgermeister. GRⁱⁿ Sämman-Takacs entgegnet, dass oft unnötig Geld ausgegeben wird, was Bgm. Lentsch entgegnet.

Eine gesetzliche Bestimmung hält fest, dass vereinbarte Angemessenheit zwischen Vertragspartner zu einem späteren Zeitpunkt nicht angefochten werden kann.

StRⁱⁿ Rupp erkundigt sich, wie hoch die Kosten für diese Gutachten geschätzt werden. Dieses Geld könnte gut in die Kindergärten der Stadt eingebracht werden und nicht nur weil Wahlkampf ist, in nicht nachvollziehbare nachträgliche Überprüfungen.

GR Panner fragt sich warum man streitet, wenn die Abt. 2 vorschreibt, diese Überprüfung durchzuführen. Bgm. entgegnet, dass das so nicht stimmt. Bei bzw. vor der Beschlussfassung sind Verträge zu überprüfen, aber nicht 15 Jahre danach.

GRⁱⁿ Peck ersucht um Wortmeldung von Vbgm.ⁱⁿ Böhm zu dieser Diskussion.

Vbgm.ⁱⁿ Böhm verliest einen Auszug aus dem Prüfbericht (m²-Preise und Beauftragung eines Immobiliensachverständigen). Dieser Part wurde von Bgm. Lentsch bereits verlesen. Diese Überprüfungen müssen im Vorhinein stattfinden, nicht nach Beschlussfassung und nach aufsichtsbehördlicher Genehmigung, meint Bgm. Lentsch.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt wird zuerst über den Abänderungsantrag des Bürgermeisters abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger und die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich abgelehnt**.

Es wird nun über den Hauptantrag von Vbgm.ⁱⁿ Böhm abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger und die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

02) Einholung von 3 Angeboten von gerichtlich beideten Sachverständigen für den Bereich Immobilienbewertung zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit des Baurechtsvertrages „Mole West“ und der Grundstücksveräußerung „Segelhafen West“ an die Segelhafen West Projektentwicklung GmbH

Der Bürgermeister übergibt das Wort Vbgm.ⁱⁿ Böhm. Diese formuliert den Antrag der SPÖ, GRÜNEN und FPÖ:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Neusiedl am See möge beschließen, dass innerhalb der nächsten 2 Wochen von **folgenden gerichtlich beideten Sachverständigen** für den Bereich „Immobilienbewertung“ Angebote zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit des Baurechtsvertrags „Mole West“ und der Grundstücksveräußerung „Segelhafen West“ an die Segelhafen West Projektentwicklung GmbH eingeholt werden:

- a) Dipl. Ing. Arch. Werner M. Thell, 7132 Frauenkirchen, Josefststraße 97
- b) Sachverständigenbüro Dr. Richard Woschitz, 7000 Eisenstadt, Ruster Straße 62
- c) Sachverständigenbüro InterREC KG, 1170 Wien, Hernalser Hauptstraße 27

Es wird um Zustimmung zum gegenständlichen Antrag ersucht.

Der Bürgermeister betont, dass er es unfassbar findet, dass sich 2 Fraktionen, nämlich die Grünen und die FPÖ so vor die Wahlkampfmaschine der SPÖ spannen lassen, da ja die genannten Sachverständigen auch im Proponenten Komitee für die Wiederwahl des Landeshauptmannes aktiv seien .

GR Kast fragt nach, ob man mit den Sachverständigen schon gesprochen hat.

Vbgm.ⁱⁿ Böhm gibt an, dass sich die drei Fraktionen gemeinsam diese Sachverständigen aus einer Liste gerichtlich beideter Sachverständigen ausgesucht haben.

Bürgermeister Kurt Lentsch hat auch zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag formuliert:

Da die Gemeinde in 6 Vorstandssitzungen und 4 Gemeinderatsitzungen die Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit des Baurechtszinses für die Mole West (respektive einer Betonmole mit einer Fläche von genau 380 m²) auch über Verhandlungen mit einem anderen Interessenten ermittelt hat, besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass die Beauftragung einer neuerlichen Überprüfung eben dieser Wirtschaftlichkeit und Preisangemessenheit nach 13 Jahren durch die Gemeinde eine unnötige wissentliche Geldverschwendung darstellt. Noch dazu da von allen Gemeinderäten damals die Angemessenheit ausdrücklich erklärt wurde.

Auch betreffend der Grundstücksveräußerungen „Segelhafen West“ wurde vor der Veräußerung eine öffentliche Feilbietung im Seerestaurant durch einen Notar durchgeführt, bei der sich kein Interessent für den Schotterparkplatz gemeldet hat.

Der Verkauf wurde an eine Vielzahl von Bedingungen geknüpft, die kosten- und genehmigungsmäßig vom Erwerber zu tragen waren. Außerdem ist noch die Nettobaufläche durch diese rund 2,5 Millionen Zusatzkosten (Kanalbaggern, Brücken und Straßen Errichten, ...) auf 51 % gesunken. Diese Bedingungen und der Kaufvertrag mit allen Details wurden in 5 Vorstandssitzungen und 1 Gemeinderatsitzung in allen Punkten mit dem Notar diskutiert und hinterfragt! Frau Vizebürgermeisterin Böhm war damals als Stadträtin aktiv in alle Verhandlungsrunden eingebunden!

Da mit einer Beschlussfassung im Sinne des Antrages der drei Fraktionen zumindest für jene Gemeinderatskollegen, die damals diesen Verträgen zugestimmt haben und in den Verhandlungen beteiligt waren meines Erachtens die Gefahr von Untreue bzw. Amtsmissbrauch besteht, stelle ich den Abänderungsantrag aus den von mir dargelegten Gründen, diese Überprüfung weder auf Kosten der Stadtgemeinde noch auf Kosten der Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH zu veranlassen, eine Überprüfung allerdings zu ermöglichen.

Damit läge es in Händen der drei Fraktionen, ob sie Unternehmen mit denen die Stadt vor Jahren Verträge geschlossen hat, zu diskreditieren und damit auch den Ruf der Stadt als ordentlichen Vertragspartner auch für sämtlich anderen Verträge (in der Vergangenheit beschlossene und auch zukünftige) auf das Spiel setzen wollen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt wird zuerst über den Abänderungsantrag des Bürgermeisters abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger und die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich abgelehnt.**

Es wird nun über den Hauptantrag von Vbgm.ⁱⁿ Böhm abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger und die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

03) Darlehensaufnahme – Konsolidierungskredit 3. und 4. Quartal 2015

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

04) Angebot Raika Neusiedl am See – Kassenkredit

Der Kassenkredit wurde in der letzten Gemeinderatssitzung am 09.03.2015 beschlossen. Die maximale Höhe des Kassenkredites beträgt € 2.767.000,00. Der Kassenkredit wurde seitens der Bank Burgenland mit € 2.150.000,00 angeboten und beschlossen. Der Bürgermeister ersucht, dass der Differenzbetrag in der Höhe von € 617.000,00 lt. vorliegendem Angebot der RAIKA Neusiedl am See aufgenommen wird.

GRⁱⁿ Fischbach erläutert, dass das Angebot der RAIKA den gesamten Betrag des Kassenkredites beinhaltet, jedoch nur die Differenz von € 617.000,00 aufgenommen werden kann. Der Vorsitzende stimmt dem zu.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag, der Gemeinderat möge den Kassenkredit für 2015 in der Höhe von € 2.767.000,00 lt. vorliegendem Angebot der RAIKA Neusiedl am See (3-Monats-EURIBOR + 1,375 % Aufschlag bei vierteljährlicher Anpassung) beschließen.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Fischbach, Linhart und Denk.

Gegen den Antrag stimmen: Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Scheuer und Lichtenberger und die Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs und Zitz.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

05) Bestellung Geschäftsführer – Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet der Vorsitzende, dass es für die Stelle des Geschäftsführers nach Ausschreibung durch ein „Head-Hunting-Büro“ ein Hearing gab. Vor der Gemeinderatssitzung ist man sich einig geworden, dass Herr Mag. Georg Glerton als Geschäftsführer bestellt werden soll. Das Grundgehalt wird festgelegt und ist den Parteien bekannt. Es handelt sich um einen All-Inclusive-Vertrag. Seitens der Gemeinde wird auch kein Dienstauto und keine Dienstwohnung zur Verfügung gestellt. Der Dienstvertrag soll auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen werden, mit 6-monatiger Kündigungsfrist. Die endgültige Bestellung erfolgt durch die Generalversammlung der FZB GmbH.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, stellt der Bürgermeister den Antrag Herrn Mag. Georg Glerton als Geschäftsführer der Freizeitbetriebe Neusiedl am See GmbH zu bestellen. Das Grundgehalt ist den Parteien bekannt, all inclusive, 40 Std./Woche, keine Verrechnung/Entlohnung von Überstunden. Seitens der Dienstgeberin wird kein Dienstauto und keine Dienstwohnung zur Verfügung gestellt. Das Dienstverhältnis soll zunächst für 3 Jahre abgeschlossen werden (6 Monate Kündigungsfrist). Die endgültige Bestellung erfolgt durch die Generalversammlung der FZB GmbH.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.
Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

06) Pachtvertrag Altenwohn- und Pflegeheim Haus St. Nikolaus

StRⁱⁿ Rupp erläutert, dass ein verbessertes Angebot der CARITAS vom 16.04.2015 vorliegt. Der Pachtzins beträgt ab 2015 € 150.000,00 (zuzüglich USt) jährlich und ist bis Ende Jänner jeden Jahres fällig. Der Pachtvertrag soll ab 2016 für 7 Jahre (bis einschließlich 2023) verlängert werden. Danach kann das Vertragsverhältnis jährlich aufgekündigt werden. Das Pflegeangebot durch die CARITAS ist noch dazu umfangreicher und qualitativ höherwertiger.

Das zweite Anbot der Fa. Senecura beläuft sich auf € 130.000,00 und der Kommunalsteuer von geschätzt € 35.000,00 pro Jahr.

StRⁱⁿ Rupp stellt den Antrag, die Verlängerung des Pachtvertrages lt. vorliegendem Angebot mit der CARITAS zu beschließen. Der Bürgermeister ergänzt, dass in dem Baurechtsvertrag zwischen der Stadtgemeinde, den röm.-kath. Pfarrpründen zum Hl. Nikolaus und der Neuen Eisenstädter Bau- und Wohnsiedlungsgenossenschaft festgehalten ist, dass ohne Zustimmung des Baurechtgebers (Pfarrpründe) keine Veräußerungen möglich sind. Da die Pfarre einem Verkauf an ein Privatunternehmen, dem Betrieb durch die CARITAS nicht vorziehen wird, ist ein Verkauf an die Senecura somit nicht möglich. Das Angebot der Senecura hat auch einen Kauf nicht ausgeschlossen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von StRⁱⁿ Rupp abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

07) Ansuchen Christian Neurauter – Ankauf Teilfläche Gst.Nr. 5757/234

Das Ansuchen wird von Herrn Christian Neurauter gestellt und nicht von Herrn Gerhard Neurauter (=Vater).

GR Horvath berichtet über das Kaufansuchen von Herrn Neurauter. Dieser beabsichtigt eine Fläche von rund 100 m² lt. Teilungsplan von DI Horvath (Beilage 07) anzukaufen und ist bereit € 250,00 pro m² zu bezahlen.

Der Bürgermeister ersucht auch um Zustimmung, dass Stadträte den Vertrag sofort nach Vorlage unterschreiben dürfen, damit es keine Verzögerungen gibt.

GRⁱⁿ Fischbach fragt nach, ob Herr Neurauter weiß, dass es sich hier um kein Bauland handelt. Bgm. Lentsch antwortet, dass Herr Neurauter über die Widmungen Bescheid weiß, man aber theoretisch umwidmen könnte.

GR Horvath stellt den Antrag der Gemeinderat möge dem Verkauf einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 5757/234 mit einer Fläche von rund 100 m² zu einem Preis von € 250,00/m² zustimmen. Ein detaillierter Teilungsplan wird erstellt und die Vertragserstellung soll unverzüglich erfolgen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von GR Horvath abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

08) Abtretungsvertrag Friederike Egermann/Stadtgemeinde Neusiedl am See

GRⁱⁿ Berger stellt den Antrag, den vorliegenden Abtretungsvertrag, dieser bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Niederschrift (Beilage 08), welcher Abtretungen in das öffentliche Gut lt. Teilungsplan des DI Horvath, GZ: 5220-B/14 vorsieht, zu beschließen. Familie Egermann hat sich damals, vor rund 30 Jahren, nicht an der Parzellierung beteiligt. Jetzt sollen Flächen veräußert werden, Abtretungen sind somit notwendig. Bgm. Lentsch ergänzt, dass die Fläche bereits als Verkehrsfläche gewidmet ist, jedoch bis jetzt nicht abgetreten wurde.

GRⁱⁿ Fischbach gibt an, dass lt. Plan die Flächen als Bauland gewidmet sind. Bgm. Lentsch entgegnet, dass die im vorliegenden Teilungsplan und in der Widmungsverordnung genannten Abtretungsflächen bereits als Verkehrsfläche gewidmet sind (Erschließung von Josef-Haydn-Gasse in Lehmgstetten). Der Teilungsplan wird im Detail besprochen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von GRⁱⁿ Berger abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte

Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

08a) Widmungsverordnung Josef-Haydn-Gasse – Abtretung Egermann Friederike

GRⁱⁿ Berger stellt den Antrag, vorliegende Widmungsverordnung zu Tagesordnungspunkt 08), welche einen integrierenden Bestandteil dieser Niederschrift bildet zu beschließen (Beilage 08a).

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von GRⁱⁿ Berger abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

09) Grundabtretungs- und Tauschvertrag LVA/Perfect Shopping Neusee/Stadtgemeinde Neusiedl am See

GRⁱⁿ Frank-Unger informiert, dass aufgrund von zusätzlichen Grundankäufen der NEUSEE GmbH, zur Errichtung von Parkplätzen die Verlegung des ursprünglich geplanten Weges in Richtung Süden notwendig ist.

Sie stellt daher den Antrag der Gemeinderat möge vorliegenden Grundabtretungs- und Tauschvertrag mit der LVA Liegenschaftsverwertung und Aufschließung Ges.m.b.H. und Perfect Shopping Neusee GmbH, (Beilage 09) welcher einen integrierenden Bestandteil dieser Niederschrift bildet, beschließen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von GRⁱⁿ Frank-Unger abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

09a) Widmungsverordnung – NEUSEE, „Grundstückstausch Ludwig-Boltzmann-Straße“

GRⁱⁿ Frank-Unger stellt den Antrag, vorliegende Widmungsverordnung zu Tagesordnungspunkt 09) zu beschließen (Beilage 09a).

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von GRⁱⁿ Frank-Unger abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämman-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

10) Bebauungsleitlinie für den Stadtkern

StR Halbritter erläutert die vorliegende Bebauungsleitlinie (Beilage 10). Der Stadtkern und das charakteristische Stadtbild sollen in deren Struktur erhalten bleiben. Andererseits soll eine Bebauung der zwischenliegenden Bereiche (zwischen Hauptstraße und Gartenweg und Hauptstraße und Kellergasse) möglich sein. Einige Details werden erläutert.

StR Halbritter stellt den Antrag vorliegende Leitlinie, diese bildet einen wesentlichen Bestandteil der Niederschrift, zu beschließen und ersucht den Gemeinderat um seine Zustimmung.

GRⁱⁿ Sämman-Takacs fragt an, warum man erst jetzt im GR darüber entscheidet. Diese Richtlinien soll nicht verordnet werden. Wann und wie werden sie dann angewendet?

GRⁱⁿ Fischbach gibt an, dass es inhaltlich für sie in Ordnung geht. Leitlinien haben nur Empfehlungscharakter. Wie gesetzlich vorgeschrieben, müsste aber etwas Verbindliches beschlossen werden. GRⁱⁿ Sämman-Takacs schließt sich der Meinung von GR Fischbach an.

GR Zitz ersucht um Titulierung der Leitlinien als Beschlussfassung nicht als Entwurf.

StR Halbritter ersucht trotzdem um Zustimmung aller. Ein Projekt wurde bereits nach diesen Vorgaben beurteilt. Der Gemeinderat sollte sich schon mit diesen Richtlinien identifizieren.

GR Horvath findet eine Leitlinie in Ordnung, einer Richtlinie könne er nicht zustimmen. Er sieht darin eine Enteignung der Hauseigentümer im Stadtkern. Man würde der Wirtschaft damit nichts Gutes tun.

GR Panner erläutert, dass es bei seinem Bauvorhaben Richtlinien gab. Es wurde trotzdem anders verhandelt.

Da es keine weiteren Anfragen gibt wird über den Antrag von StR Halbritter abgestimmt.

Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs und Zitz.

Gegen den Antrag stimmen: GR Fischbach, Linhart und Denk.

Der Antrag wird somit **mehrheitlich** zum Beschluss erhoben.

11) Nachtrag zum Bestandsvertrag Bootshaus, ARE – Austrian Real Estate GmbH/Stadtgemeinde Neusiedl am See/Stadtfirewehr Neusiedl am See

Der Vorsitzende übergibt das Wort an StR Haider. Dieser erläutert, dass die Stadtfirewehr Interesse hat das Bootshaus zu kaufen, da die Stadtgemeinde in einer der letzten Sitzungen den Kauf abgelehnt hat. Nach mündlichen, inoffiziellen Auskünften wird die Polizei in den nächsten Jahren den Mietvertrag auflösen. Danach möchte die Stadtfirewehr dieses Bootshaus nutzen. Die Stadtgemeinde müsste Vertragspartner bleiben, die Kosten in der Höhe von € 11.000,00 werden jedoch von der Stadtfirewehr getragen.

StR Haider stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge den Nachtrag zum Bestandsvertrag, welcher einen integrierenden Bestandteil dieser Niederschrift bildet (Beilage 11), beschließen. StR Scheuer fragt nach ob sicher ist, dass die Polizei den Vertrag beendet.

GRⁱⁿ Fischbach möchte sicherstellen, dass die Stadtfirewehr den Kaufbetrag nachträglich nicht als Subvention von der Stadtgemeinde erhält.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von StR Haider abgestimmt. Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

12) Paul Bruck – Lastenfreistellung Gst.Nr. 6262 (KG Podersdorf am See)

GRⁱⁿ Peck erläutert das Schreiben von Notar Dr. Halbritter, welches einen integrierenden Bestandteil dieser Niederschrift bildet (Beilage 12). Die Stadtgemeinde hat ein Pfandrecht auf die EZ 341 KG Podersdorf eingetragen. Nunmehr wird um eine Lastenfreistellung des Grundstückes Nr. 6262 (EZ 341) ersucht. Die Haftungsgrundlage für die Stadtgemeinde bleibt dabei erhalten.

GRⁱⁿ Fischbach fragt an, um welche Abgaben es sich bei den offenen Forderungen handelt. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich hierbei um die Getränkesteuer handelt.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von GRⁱⁿ Peck abgestimmt. Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

13) Straßenbezeichnung – ehemalige Kadlec-Grundstücke

GR Michlits stellt den Antrag, der Gemeinderat möge als neue Straßenbezeichnung für die ehemaligen Kadlec-Grundstücke (hinter Hofer) „Am Hirschfeld“ beschließen.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, wird über den Antrag von GR Michlits abgestimmt. Bei der Abstimmung sind alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Lentsch, Vizebürgermeisterin Böhm, die Stadträte Haider, Halbritter, Rupp, Lichtenberger und Scheuer sowie die Gemeinderäte Berger, Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Peck, Michlits, Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Schneider, Sämann-Takacs, Zitz, Fischbach, Linhart, Denk.

Der Antrag wird somit **einstimmig** zum Beschluss erhoben.

14) Bericht des Bürgermeister

Der Vorsitzende berichtet über den Ablauf des Besuches unserer Partnerstadt **Deggendorf**. Der Gemeinderat ist am 15.05. am Abend, Ranch StR Haider eingeladen. Die Stadträte sind zu allen Besuchspunkten eingeladen, insbesondere werden sie ausdrücklich zum Empfang im Hotel Wende am 14.05 Abends eingeladen.

Die **Förderzusage** (1. Rate) für den KIGA Umbau Kindergarten Gartenweg ist dieser Tage eingetroffen. Wir erhalten in den nächsten Tagen € 178.900,00.

15) Allfälliges

GR Panner regt an, betreffend **Schutzwege** im Bereich von Schulen und Kindergärten gemeinsam mit der Polizei einen Besprechungstermin zu vereinbaren, um eine bessere Kontrolle zu erreichen.

StR Halbritter erklärt dazu, dass eine Besprechung seitens der BH mit einem amtlichen Verkehrssachverständigen stattgefunden hat. Eine Begehung hat ergeben, dass im Gegensatz zur ersten Annahme, ca. 10 Schutzwege aufgrund zu geringer Frequenz aufzulassen, nur wenige Schutzwege wegzunehmen sind (z.B. Zufahrt hinaus Hallenbad, Zufahrt Segelhafen West-Yachtclub,...). Der Schutzweg beim TABOKI/VS Am Tabor in der Kurve und Hanglage muss unbedingt aufgelassen werden. Dazu müssen im Vorhinein jedoch Gespräche mit den Pädagogen und Elternvertretern geführt werden.

Vbgm.ⁱⁿ Böhm erläutert, dass die Anrainer der **Flurgasse** sehr unglücklich sind, da bei Regen die Straße sehr verschmutzt und unbefahrbar ist.

StR Haider informiert, dass wir Bruchmaterial gratis bekommen würden, aber vom Bauhof her keine Kapazitäten haben. Eine Firma müsste beauftragt werden, um Material von der Baustelle A4 abzuholen.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung um 20.30 Uhr geschlossen.

Bürgermeister



Gemeinderäte



Schriftführer

